



Kirsten Lüthmann

Erfahrung. Mut. Leidenschaft.

Zahl der Niedriglohn-Beschäftigten auf 6,5 Millionen gestiegen

Nur Mindestlöhne schützen vor Lohndumping

In Deutschland arbeitet inzwischen jeder Fünfte im Niedriglohnbereich: Rund 6,5 Millionen Beschäftigte haben 2007 für Bruttostundenlöhne unterhalb der Niedriglohnschwelle gearbeitet. Dies hat eine aktuelle Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Essen Duisburg ergeben.

Damit ist die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten seit 1995 um rund 2,1 Millionen gestiegen – dies entspricht einem prozentualen Zuwachs von ca. 49%. Selbst in den Jahren 2006 und 2007 mit starkem konjunkturellem Aufschwung ist die Zahl der Niedriglöhner weiter gestiegen.

Jeder dritte Niedriglohnbeschäftigte verdiente 2007 weniger als 6 Euro brutto, 1,2 Millionen Betroffene sogar weniger als 5 Euro. Auch Vollzeitbeschäftigung schützt nicht vor niedrigen Stundenlöhnen: Knapp ein Viertel der Beschäftigten mit Stundenlöhnen unter 5 Euro verdienen trotz voller Arbeitszeit im Monat nicht mehr als rund 800 Euro brutto.

Dabei handelt es sich keineswegs nur um Ungelernte. Auch Fachkräfte und Akademiker sind zunehmend betroffen.

Viele Betroffenen beantragen als sogenannte „Aufstocker“ zusätzlich zum Lohn staatliche Transferleistungen (Wohngeld, Hart IV). Der Staat subventioniert so die Unternehmen, die Dumpinglöhne zahlen!

Mindestlöhne statt Dumpinglöhne

Ein wirklich wirksamer und flächendeckender Schutz vor Dumpinglöhnen ist nur durch einen gesetzlichen Mindestlohn möglich.

Die SPD hat gehandelt und branchenbezogene Mindestlöhne über das Arbeitnehmerentendengesetz durchgesetzt. Über drei Millionen Menschen – vom Baugewerbe bis zur Pflegebranche – können damit von Mindestlöhnen profitieren. Mit dem Mindestarbeitsbedingungengesetz haben wir die Voraussetzung für Mindestlöhne auch in Branchen mit sehr geringer Tarifbindung geschaffen.

Weitere Verbesserungen hat der jetzige Koalitionspartner in Berlin verhindert!

Dennoch bleiben wir dabei: Wir brauchen zusätzlich einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.

Damit das nicht mehr passieren kann:

Lohndumping: Entscheidung vertagt

Warendorf - Eigentlich wollten sich die Gewerkschaft Verdi und das Schulbus-Unternehmen Sonnenschein bis zum gestrigen Freitag im Lohndumping-Streit außergerichtlich einigen. Doch daraus wurde nichts. Das etwa eineinhalbstündige Gespräch, das die beiden Parteien in Warendorf führten, blieb ohne Ergebnis. Voraussichtlich erst Anfang September wird feststehen, ob es eine Einigung geben oder der auf Eis gelegte Rechtsstreit vor dem Arbeitsgericht fortgesetzt wird.

Zur Vorgeschichte: Verdi hatte wegen Lohnwuchers Klage gegen das bundesweit tätige Busunternehmen mit Niederlassung in Warendorf eingereicht. Der Vorwurf: Der Stundenlohn betrage für Busfahrer und -begleiter gerade mal 3,87 Euro. Würden die An- und Abfahrten zur Arbeitszeit hinzugerechnet, bliebe eine Vergütung von 1,94 Euro je Stunde. Bei einem Gerichtstermin im Mai verständigten sich die Parteien darauf, eine außergerichtliche Einigung anzustreben

Quelle: IVZ online

Ihre Kirsten Lühmann